

Berliner Börsen-Zeitung

72. Jahrgang.

Dienstag, 9. November 1926

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig.

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpreise, Preis des Arbeitsrechts, Deutsche Wirtschaftszentren, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten für Manuskripte übernimmt unter Verlang keine Verantwortung

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Schriftredaktion: für den Handel Zentrum 2460 u. 2469, für Politik Kuntz und Cokates Zentrum 2460, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Abbestellungspreis: Die 12 gefüllten Seiten 0,50 Rmk., Reklameweile 5.— Rmk., Besuchspreis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsverleger, unsere Geschäftsstelle und alle Postämtern des Deutschen Reiches entgegen. Russland: 40 französische Francs, Schweden 18 holländische Gulden, Dänemark 30 dänische Kronen, Schweden 30 holländische Kronen, England 30 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 200 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Norwegen 40 norwegische Kronen, Finnland 100 finnische Mark, Estland 100 estländische Mark, Lettland 100 lettische Rubel, Litauen 100 litauische Lit.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone“ Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Besucher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts. Postfach-Ronto: Berlin Nr. 26412.

Deutscher November.

Von August Winnig

Auch Revolutionen haben ihre Heberlieferung. Zur revolutionären Heberlieferung gehört der Monat März als der Zeitpunkt des Durchbruchs revolutionärer Kräfte. Es ist eine Heberlieferung mit symbolhaftem Hintergrund. Wie der März im naturhaften Rhythmus des Lebens die jungen Säfte steigen läßt, die aus winterlicher Erstarrung neues Leben wecken, so freigen, wenn die Zeit erfüllt ist, im Monat März die jungen Kräfte im Volkstum auf, um gleichem Beruf — Erfahrung zu neuem Wissen zu bringen. Der Frühling der Erde wird zugleich zum Frühling des Volkstums und läßt den alten Mythos von der ewigen Verbundenheit aller Lebenstagen aufsteigen.

Man erinnert sich dieser revolutionären Heberlieferung, wenn sich, wie heute, der Tag der deutschen Revolution jährt. Diese deutsche Revolution kam nicht im März, sondern im Oktober. Es leuchtete diese frühlinghafte Stunde auf hoffnungsbereit. Es trübte die grauen Novembermonate über leere Felder und um laue Räume. Sein junges Leben führte sie, eine heilende Siegerin, durchs Land. Das Nichtmögliche umschloß diese Revolution, die Niederlage und Unterwerfung in den Händen trug.

Es gibt eine andere Revolution. Es gibt die ersten Revolutionen: sie sind der Sturmwind, in dem die Welt sich auflöst, die Menschen verflüchtigt; sie sind die kampfsteigende Aufmarsch der neuen Säfte, welche die Not der Nation zur Front ruft, auf die sie die neue Führung im alten Kampfe werden; sie sind die gewalttätige Durchbrechung eines neuen, unerfüllten, latenten Weltgeschehens, von der Weltgeschichte gefordert, um sich gegenwärtig zu erneuern und zu erhöhen; sie sind die letzte Selbsthilfe des Volkes gegen eine Führung, die, weil zur bloßen Herrschaft erstarrt, nicht mehr Führung ist. Die ersten Revolutionen sind, in denen ein großes Volk und können über ein feines Nichtmögliche und Nichtmögliche stehen.

Die deutsche Revolution war keine erste Revolution. Sie war kein Aufbruch von Kräfte, sondern ein Wiederbruch. Sie hat das Leben der Nation nicht erhöht, sondern sie hat die Nation in den Abgrund der Schmach geföhrt. Es hat sie kein großes Volk emporgeschoben, sondern ein Nichtvolk.

Die erste Revolution ist Aufbruch des Gemeinwesens. Sie ist eine Steigerung der Staatsgewinnung. Sie ist lebensfähigste Stunde an den Staat. Es gibt eine revolutionäre Erbe — das Erbe der Aufspaltung. Die November-Revolution hatte dergleichen nicht.

Wohl gibt in seinem Buche „Von Reich bis Rapp“ ein Zeugnis für den Geist der deutschen Revolution: „Es war ein toller, düsterer Novembertag, als ich am 17. November gegen Mittag auf der Rappstraße stand, um der Absicht der Schloßkammer (zur Internierung nach England) zuzusehen. Mir gegenüber standen gleich schäblich die modernsten Angete, von denen nur ganz wenige in der Schloß gewesen waren, in die Sommer. Ein betäubender Teil des deutschen Nationalvermögens schwamm auf Rappstraße der englischen Küste zu. Von der Rappstraße waren sich viele fühlend der tiefen nationalen Schmach, die mich dieser Tag verbunden war, nicht bewußt. Es wurde gelacht und gesehlt. Ich aber von einem der Schiffe — den Rappen habe ich dergleichen — eine laute Weisung der Stapsle erlöste, da sprang ich voller Mut aus, stieg in die Kasse und ließ mich mit auf Meer hinausfahren.“

Das war der Geist, der in der Revolution über den deutschen Staat wachte. Heute ist nicht ein deutscher Staat gegeben — dieser Geist hätte ihn nicht schaffen können. Hätten sich die Weanten des alten Staats auflösen, so hätte es seine Staatsordnung nicht gegeben. Das ist es in und nach der November-Revolution einen deutschen Staat gab, daß es das Verdienst der Weantenheit und das Transföbamentum. Hierin zeigt sich der Geist der deutschen Revolution, daß sie nur gerührt, daß sie nur bewirkt, daß sie nur auflösen konnte. Er zeigt sich darin, daß der Staat geföhrt werden mußte vor den Revolutionären, und daß er geteilt wurde von nicht-revolutionären und gegen-revolutionären Kräften.

Der Geist der Revolution erweist sich unfaßlich überall dort, wo die Not des Staates nach Tat und Opfer rief. Wo deutsches Land, deutsches Recht und deutsches Leben gefährdet war, da eilten nicht die Revolutionäre zum Schutze herbei, sondern das Transföbamentum; die Revolutionäre hielten Neben über Völkerverhängnis und Sozialisierung und schalten auf den Rest deutscher Wehrtüchtigkeit, der sich im Osten schüßend vor deutsches Leben und deutsches Land stellte. Was damals das Notige war — Behauptung der deutschen Staatswürde und Schutz des deutschen Lebensraumes — das empfanden nicht die Revolutionäre, sondern die Nicht-Revolutionäre als ihre Aufgabe. Aus diesem Verhalten der deutschen Revolution zu den deutschen Weantzen ergibt sich das Geschicksteil über diese Revolution.

Wohler war den Grund, der leidenschaftliche deutsche Denker und Völkler, erob die Forderung: Wir haben den Krieg verloren — wir müssen die Revolution gewinnen! Der deutsche Staat hat die Revolution nicht gewonnen. Er hat, nach dem Siege, auch nach die Revolution verloren. Wie wenig Deutsche haben diese Forderung gehört! Und wie wenig hat sie verstanden!

Es ist sich seit jenen Novembertagen viel begeben. Es ist unmöglich, die Fülle dieser Ereignisse in eine Formel zu fassen. Es ist erreicht worden, die Staatsordnung im politischen Sinne zu festigen, was in seiner Bedeutung nicht verkannt werden soll, wie es auch als Befreiung zu erachten ist, daß man den Kampf um den Staat nicht mehr als einen Kampf um den dynastischen Kampf kämpft. Ob der deutsche Staat in sich wirklich ein Festigkeit gewonnen hat, ob das Zusammengehörigkeitsgefühl der Völker stärker geworden ist, darf man nicht ohne weiteres behaupten. Was das Reich zusammenhält, sind mehr materielle als andere Bindungen. Die materiellen Bindungen sind ohne Zweifel stärker geworden. Die Verbundenheit durch den Nationalgeist ist es nicht. Der im Siege mitschlagende Lösung der deutschen Lebensfrage aber sind wir nicht nähergekommen, und das ist das Entschiedenste.

In bezug auf den deutschen Staat hat sich Goethes Wort bewahrheitet:

Was dem Geiste, wonach zu antworten — So mußst du sein, dir kamst du nicht entziehen. Es war nicht ein anderer Staat, ein neuer, besserer, höherer Staat, der sich im Willen der deutschen Revolution erhob. Es war der Nationalist, es war die Staatsentwicklung. Doch der Staat genügt vor diesem Willen geteilt wurde, daß nicht verbunden können, daß er weiter den Einwirkungen dieses Willens ausgehört blieb, und daß er, wenn auch wiederholte, diesen Einwirkungen nachgab.

Es ist noch immer deutscher November. Der deutsche März sieht uns noch bevor.

Wie Frankreich das Recht im Germersheim-Prozess zu beugen denkt.

Der Prozess Rouvier soll das Material gegen die Deutschen liefern.

TU Paris, 8. November. Der verurteilte aus fester Quelle, daß der Prozess gegen den Germersheimer Vorfall entgegen der ursprünglichen Absicht, ihn schon in der ersten Hälfte des Monats November stattfinden zu lassen, wahrscheinlich erst in der ersten Jahreshälfte durchgeführt werden wird. Die französischen Weantzenbehörden scheinen das Verfahren gegen den französischen Unterleutnant Rouvier vor dem Prozess gegen die deutschen Staatsangehörigen Müller und Rathes erleben zu wollen. Es wird hier geredet, daß der Prozess gegen Rouvier bereits Ende November stattfinden wird.

Der vorstehenden Pariser Meldung wird in weiten Kreise Beachtung beigegeben, da man auch in höchsten politischen Kreisen gewisse Anhaltspunkte dafür zu haben glaubt, daß die französischen Weantzenbehörden das Verfahren gegen Rouvier vor dem eigentlichen Prozess durchzuführen möchten, um sich auf diese Weise gewisse gerichtliche Vorteile zu verschaffen zu können, die man fraglos in dem eigentlichen Germersheimer Prozess gegen die deutschen Staatsangehörigen Müller und Rathes verwenden werden würde.

Niederlage der Schaufelpolitik der Minderheitsregierung. Die Sozialdemokraten in der eigenen Schlinge gefangen.

Zur getrigen Reichstagsdebatte über die Erwerbslosenfürsorge.

Der Reichstag hat gestern so etwas wie eine historische Stunde gehabt. Die Regierung der Minderheit ist plötzlich durch ein einfaches Manöver parlamentarischer Taktik auf den Rand gestoßen worden. Sie hatte geglaubt, die Erhöhung der Zahlungen für die Erwerbslosen mit Hilfe der Rechte in einem von dem demokratischen Reichstagsminister Reichbold noch für erträglich gehaltenen Maße erreichen und im übrigen nach dem linken weiterarbeiten zu können. Das war in diesem Falle eine ganz besondere fette Zumutung an die Rechte, weil die Sozialdemokraten, im wesentlichen in der Gemeinschaft mit den Kommunisten, eine völlig unumgängliche Erhöhung der Unterstützungssätze beantragt hatten, die so weit geht, daß in vielen Fällen ein Erwerbsloser als Unterstützung mehr erhalten würde als der vollbeschäftigte und wohlgehaltene Erwerbstätige. Die Angst vor den Kommunisten und die Angst auf die Strafe, von der abzusichern Herr Dr. Silberberg gemacht hat, war für die Sozialdemokraten bei der Stellung ihrer provisorischen agitatorischen gemeinten Anträge auslösend.

Zurück diese Rechnung, sowohl die der Regierung wie die der Sozialdemokraten, haben die Deutschnationalen gestern im Reichstag endlich einmal, wie mir kärglich an dieser Stelle vorausgesehen, einen klaren Strich gemacht, indem sie den Minderheitspartei, die das Recht stellen, die Unterstützung verweigert und die Sozialdemokraten durch Zustimmung zu deren Anträgen schlagend haben. Der Fraktionsführer Graf Westarp gab sofort die ethische und richtige Auffassung für den Sinn der Abstimmung seiner Fraktion. Die Deutschnationalen wollen sich nicht mehr bei dem Verbleiben der Minderheitspartei der Mitte und den Interessenbedürfnissen der Sozialdemokratie behandeln oder in die Ecke stellen lassen. Das Reichsministerium hat die Unterstützung der Rechte haben, wenn es mit der Rechte zusammen regieren will. Somit muß sie eben ihre Wehrtüchtigkeit mit der Sozialdemokratie bilden.

Die sozialdemokratischen Anträge sind nun angenommen und eine Reichstagsmehrheit hat damit den Wunsch ausgedrückt, daß jene unumgängliche Höhe der Arbeitslosenunterstützung gewahrt werden. Wollte die Sozialdemokratie jetzt trotzdem nachgeben und sich mit den von der Regierung vorgeschlagenen Sätzen zufrieden erklären, so würde sie eben damit vor aller Welt klarstellen, daß sie nur Demagogie getrieben habe, und die Kommunisten würden das entsprechend in der Agitation ausnutzen. Gibt die Sozialdemokratie aber nicht nach, so werden die Regierungsparteien früher oder später sich doch zu der Lebensfrage bekennen müssen, daß das staatspolitische Bewirtschaftungsgebot der Sozialdemokratie feste Grundgedanke wird. Die Regierung will die Unterstützung nach nach ihren Sätzen trotzdem schon von jetzt ab zahlen lassen, und die demokratische Presse ist schon eifrig dabei, dem Volk vorzutragen, daß sie ganz in der Ordnung, denn es sei ja kein Gesetz vom Reichstag beschlossen worden, sondern nur ein Antragsentwurf genehmigt worden. Diese Theorie ist eine fette Verhöhnung des Sinnes des Parlamentarismus und ein Vertrag gegen die harmlosen Wähler, die über das Schicksal eines solchen Verfahrens hinwegsehen wollen.

Wir halten es für ausgeschlossen, daß sich die anständigen Abgeordneten, die die Fraktionen der Mitte bilden, auf so etwas einlassen. Sollte es dennoch geschehen,

so würde damit ein neuer Nagel in den Sarg des Parlamentarismus geföhrt. Das moralische Ansehen des Reichstages und des ganzen gegenwärtigen Regierungssystems wäre oberwärts furchtbar gemindert.

Trotzdem hoffen wir, daß die Rechte unter allen Umständen die gestern begonnene Taktik fortsetzt, und wir sind überzeugt, daß alle nicht bindenden der demokratischen und sozialistischen Abwehrkräfte folgenden Wähler den Sinn dieser Forderung richtig erfassen werden, durch welche eine parteipolitische Verbindung und die Bildung einer festen, den nationalen und nicht dem internationalen Gebräuche dienenden Regierungsmehrheit erzwungen werden sollen.

Man ist der Sozialdemokratie lange genug nachgelaufen. Es muß ihr endlich mit Nachdruck hinterzogen werden, daß sie mit eigener Verantwortung den nationalen Staat auf kapitalistischer Grundlage zu bejahen hat, daß seiner Leitung fernbleiben muß. Das wird zur Stärkung derjenigen Antriebe in der Sozialdemokratie beitragen, die den alten Marxismus längst fast haben.

Dr. O.

Gehaltsbericht.

Die getrige Reichstagsdebatte wurde um 3 Uhr eröffnet. Ein Antrag der Staatsanwaltschaft, der die Genehmigung zur Strafverfolgung des Kommunistenliga, die in einem wegen Verletzung des Reichsgesetzes nachstehend, wird dem Geheimnisverstoß ausgesetzt überweisen.

Zur Beratung liegen die bekannten Anträge des sozialen Wohlfühlens zur Erwerbslosenfürsorge, die den Reichstag bereits am Freitag und Sonnabend beschäftigt haben. Die Sozialdemokraten beantragten eine Erhöhung der Zahlungen um 20 Prozent und der Familienaufzüge um 20 Prozent. Die Reichsregierung beantragte eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung für alle verheirateten und nichtverheirateten um 20 Prozent und eine Erhöhung der Familienaufzüge um 20 Prozent. Die Kommunisten fordern 50 Prozent Erhöhung. Ein Kompromissantrag der Regierungsparteien verlangt die Arbeitslosen für die Angehörigen. An einer Entscheidung über die Regierungsparteien wird die Reichsregierung erwidert dem Reichstag zur Verfügung zu stellen. Die Reichsnationalen empfehlen in einer Entscheidung die Einführung des Lohnfortzahlungsgesetzes. Verbunden mit der Ausrede wird das kommunisistische Arbeitslosenbüro gegen den Reichsminister.

An der Debatte begründet kein Kapitel „Bedürftigkeit und Wirtschaft“ als einen Antrag, der die möglichen Wehrtüchtigkeit bei der Wehrtüchtigkeit bezieht. So soll der Reichstag von Dänemark, einem kleinen Eigenheim oder eines landwirtschaftlichen, handwerklichen oder gewerblichen Zweigbetriebes nicht zur Vermeidung der Bedürftigkeit führen.

Herr Nibel (Komm.) fordert ebenfalls Erhöhung der Zahlungen, sowie die Aufnahme der Arbeitslosenunterstützung. Die hohe Höhe in jeder Beziehung als die höchsten der Gewerkschaften fähig erreichen. Bei Wehrtüchtigkeit der Reichsministerium die Seite in die Verhandlungen, diese werden sie an die Reichsministerium. Die Wehrtüchtigkeit der Reichsminister vom 16. Februar 1924 über die Arbeitslosigkeit seien tabular zu einem Antrag oder sogar zu einem unerbittlichen Reichsminister an den Erwerbslosen gemacht werden. In den Gemeinderäten seien die hundertsten Arbeiter entlassen und dafür Erwerbslose eingestellt werden. Die Gemeinderäten sollen an jeden beschäftigten Gewerkschaften zwei Arbeitslose einstellen. Die allerhöchste Arbeit werden die Wehrtüchtigkeit aufweisen für ein paar launige Wehrtüchtigkeit. Gemeinderäten können nicht in Strafenbau und in Strafenbau arbeiten. Die Leute werden dadurch für ihre Wehrtüchtigkeit unzulänglich und in ihrer Wehrtüchtigkeit geföhrt. Der Reichstag muß mit der Wehrtüchtigkeit anfangen.

Herr Frau Schröder (Zog.) führt aus, daß die Jugendlichen gemeint die Erwerbslosenunterstützung nicht erhalten. Gerade die Jugendlichen müssen besser versorgt werden. Wenn sie die Kraft für die Zukunft erhalten sollen, das Mittel von Wehrtüchtigkeit ist ein fähigste Mittel für die wehrtüchtige der Jugend. Die Jugendlichen müssen nach dem sozialdemokratischen Willen in die Erwerbslosenfürsorge einbezogen werden. Die Jugendlichen können an Ausbildungsstellen nicht teilnehmen, wenn sie nicht eine